

Durch Anklicken eines Messortes (grüner Punkt) öffnet sich ein Informationsfenster mit den ausgewerteten Messergebnissen. Es erscheint an dieser Stelle noch einmal angebracht, über die Qualität der Messkampagnen zu berichten. Als gravierender Nachteil fällt auf, dass alle Messpunkte nur im Außenbereich liegen und sich die Messantenne jeweils in 1,50 Meter Höhe über dem Boden befindet. Die Messmethode, in 1,50 m über dem Erdboden zu messen, war zu Zeiten, in denen es vornehmlich um die Messung der Belastung durch große Sendeanlagen ging (Rundfunk/Fernsehsender) durchaus angebracht, ist aber zur Einschätzung der Belastung durch Mobilfunkantennen, die sich zum Beispiel häufig auf einem Dach von mehreren gleich hohen Wohnhäusern befinden, völlig ungeeignet, um die tatsächliche Belastung der Wohnbevölkerung zu erfassen. Auch die Ergebnisse der kürzlich durchgeführten Messreihen des TÜV Nord und des Instituts für Mobil- und Satellitentechnik, Kamp-Lintfort (IMST) im Auftrag des Informationszentrums Mobilfunk (IZMF) und des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW (MUNLV) zeigen u.a. wie entscheidend die Höhendifferenz zwischen Sendeanlage und Messstandort in die Messergebnisse eingeht.

Zum Umgang mit der Datenbank

- Die Benutzeroberfläche der Datenbank bietet zwar durchaus einige nützliche Möglichkeiten wie drucken oder kopieren, die aber durch eine äußerst unübersichtliche Navigationsleiste erst nach längerem Suchen zum Vorschein kommen.
- Die dargestellten Stadtpläne sind leider teilweise nicht sehr präzise. Es fehlen häufig die Bezeichnungen für große und wichtige Straßen, während kleine Nebenstraßen beschriftet sind.
- Aus der möglichen Abweichung von 80 m zwischen eingezeichnetem und tatsächlichem Standort (Gründe: Koordinatenpräzision und Datenschutz) entsteht im innerstädtischen Bereich durchaus in einigen Fällen der Eindruck, dass eine bestimmte Mobilfunkstation in der Datenbank nicht zu finden ist. Stattdessen ist auf einer Nebenstraße auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine Station eingetragen, die dort nicht existiert, aber durchaus in der 80-m-Toleranz liegen könnte.

Zusammengefasst: Wenn auch der Kartenaufbau teilweise sehr langsam erfolgt so erhält man doch mit einiger Geduld beim Navigieren aus den Standortkarten der Funkanlagen und Messstationen durchaus nützliche Informationen. Für einige Nachbesserungen an der Benutzeroberfläche und die Erhöhung der Arbeitsgeschwindigkeit wären die Benutzer sicher dankbar.

Quelle: www.regtp.de

Leserbrief

Bezugnehmend auf den Artikel im Elektromog-Report (November 2003) „Ist der Mobilfunk-Pakt gescheitert?“, in dem über den Einfluss der Kommunen bei der Standortsuche für Mobilfunkantennen berichtet wurde, schreibt Herr Schmülling (Münster-Sarmsheim bei Bingen) zur Kommunikationspraxis der Mobilfunkbetreiber:

Ihr Artikel beschreibt in absolut zutreffender Weise die Situation bei den derzeitigen Aktivitäten der Mobilfunkbetreiber. Diese setzen beinahe ihre Interessen durch, den Kommunen kommt bestenfalls Statistenfunktion zu.

Im Falle der in meinem Wohnort (Münster-Sarmsheim bei Bingen) im Ortskern in unmittelbarer Nähe eines Kindergartens vor knapp 3 Jahren installierten D2 Sendeanlage erklärte sich Vodafone nach einer mehrmonatigen intensiven Protest- und Mobilisierungsaktion der Bevölkerung mit Flugblättern und einer Unterschriftenkampagne und entsprechender Pressearbeit einer von mir gegründeten BI zunächst mehrfach schriftlich gegenüber der Gemeinde, die sich

der Position der Bürgerinitiative angeschlossen hatte, bereit, die Anlage am derzeitigen Standort nicht in Betrieb nehmen zu wollen. Davon ist inzwischen keine Rede mehr. Die seinerzeit unter dem Eindruck des spontanen Protestes weiter Kreise der Bevölkerung und des Kindergartenträgers gegebene Zusage wurde glatt gebrochen. Man wartete ab, bis sich die Wogen geglättet hatten, um einen erneuten Vorstoß zu machen.

Inzwischen wurde ein Bauantrag mit dem Ziel der Genehmigung am derzeitigen Standort eingereicht. Vodafone hat alle seitens der Gemeinde unterbreiteten Standortalternativen am Ortsrand kategorisch abgelehnt. Leider ist nicht davon auszugehen, dass sich die seinerzeitige Protestaktion wiederholen lässt, das Interesse am Thema hat allgemein merklich nachgelassen. Auch von uns durchgeführte Bürgerinformationsveranstaltungen mit recht hochkarätigen Referenten stießen leider auf sehr wenig Resonanz.

Wie in Ihrem Artikel zutreffend dargestellt, kann es nur eine Lösung zur Entschärfung des Problems geben, nämlich die Senkung der Grenzwerte unter INCIRP-Niveau bzw. die Einführung von Vorsorgewerten. Dies scheitert nach meiner Auffassung daran (man sieht es auch daran, dass sich der grüne Umweltminister hat vollständig über den Tisch ziehen lassen), dass der Gesetzgeber eben gerade kein Interesse daran hat, wie in Ihrem Artikel (meines Erachtens fälschlich) unterstellt wurde.

Die Politik, unabhängig welcher Couleur, ist meines Erachtens vollständig durch die Mobilfunklobby korrumpiert, die unter anderem durch die Zahlung der horrenden Summen für die Lizenzen dafür gesorgt hat, dass die Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Judikative) faktisch in diesem Bereich aufgehoben ist und den Mobilfunkunternehmen das Agieren sozusagen im „Rechtsfreien Raum“ ermöglicht. Demokratische Kontrolle findet nicht statt. Ansonsten heute überall selbstverständliche demokratische Beteiligungsverfahren existieren nicht, die Verwaltung handelt nicht oder kann nicht handeln, die Gerichte fällen durchweg Urteile, die die Interessen der Mobilfunkbetreiber sichern. Der Bürger und die Gemeinden sind faktisch die Gekniffenen, das Recht auf körperliche Unversehrtheit wird auf dem Altar der Gewinnmaximierung der Mobilfunklobby geopfert.

Gebetsmühlenartig wird darauf verwiesen, dass man sich innerhalb der Grenzwerte der 26. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (26.BImSchV) bewege, die, wie alle Interessierten wissen, aus Gesundheitsvorsorgegründen als untauglich zu bewerten ist, weil sie nur die thermischen Auswirkungen betrachtet. Das ist für mich der eigentliche Skandal, die Bevölkerung wird für einen Großversuch mit ungewissem Ausgang missbraucht. Ich befürchte, man wird erst reagieren, wenn es für Viele zu spät sein wird.

Volker Schmülling

Impressum – Elektromog-Report im Strahlentelex

Erscheinungsweise: monatlich im Abonnement mit dem Strahlentelex **Verlag und Bezug:** Thomas Dersee, Strahlentelex, Waldstraße 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax: 030 - 64 32 91 67. E-Mail: strahlentelex@t-online.de. Jahresabo: 60 Euro.

Herausgeber und Redaktion:

nova-Institut für politische und ökologische Innovation, Hürth Michael Karus (Dipl.-Phys.) (V.i.S.d.P.), Monika Bathow (Dipl.-Geogr.), Dr. med. Franjo Grotenhermen, Dr. rer. nat. Peter Nießen (Dipl.-Phys.).

Beiträge von Gastautoren geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Kontakt: nova-Institut GmbH, Abteilung Elektromog, Goldenbergst. 2, 50354 Hürth,

☎ 02233 / 94 36 84, Fax: / 94 36 83

E-Mail: EMF@nova-institut.de; <http://www.EMF-Beratung.de>; <http://www.HandyWerte.de>; <http://www.datadiwan.de/netzwerk/>